

# Freiburger Zeitung

Die Freiburger Zeitung erscheint 17mal in der Woche. Bezugspreis: in der Stadt vierteljährlich 2,75 Mark, zweimonatliche Zustellung 75 Pf.; bei dem Abbesteller 2,90 Mark; auswärts vierteljährlich 3,60 Mark, zweimonatliche Zustellung durch den Briefträger 72 Pf., einmalige Zustellung 42 Pf. Schriftleitung: Grünwaldstr. 4. Redaktionsstelle: Kaiserstr. 119. Fernr. 187.

**Anabhängige Tageszeitung**  
mit Amtl. Verkündungsblatt für Freiburg und Breisach.

Lesern aus Freiburg und Umgebung kosten die einseitige Kolonietafel 20 Pf., einseitige, sowie auch u. Finanz-Anzeigen 30 Pf., gemeinbezahl. u. Sport-Anzeigen 25 Pf. Die doppelbreite Kolonietafel kostet 30 Pf., für andere Zeit. 1.20. Auf diese Preise 20% Leseerzeugnis-Beihilfe und Beihilfe für beide Teile Freiburg im Breisgau.

## Der Waffenstillstand unterzeichnet! Er trat vormittags 11 Uhr in Kraft.

Amsterdam, 11. Nov. (W. L. B.) Das niederländische Pressebüro Radio hat einen drahtlosen Bericht aus Paris aufgefunden, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt. Eschickte folgendes Radiogramm an die Oberkommandierenden: Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front vom 11. November um 11 Uhr französischer Zeit ab eingestellt werden. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintrifft, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht überschreiten.

## Aufruf der neuen Regierung.

Berlin, 9. Nov. (W. L. B.) Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:  
**Volksgenossen!**  
Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt,

Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort an die Arbeit gehen. Nur durch ihr tadelloses Wirken kann das schwerste Unheil vermieden werden. Sei sich darum jeder seiner Verantwortung im Ganzen bewußt. Wir leben und sterben für die Freiheit. Das ist vor weltlicher Eingriffen zu schützen. Wer diese herrliche Bewegung durch Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Aber in ehrlicher Hingabe an das Werk der Zukunft abhängt, die Zukunft hängt, darf von uns im größten Augenblick der Freiheit zu schaffen. Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Werkstätige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffenrock, Frauen im blauen Hemd alle mit Ebert, Scheibemann, Landsberg.

Die Sozialdemokratische Partei hat der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeboten, mit ihr eine gemeinsame Regierung unter beiderseitiger Gleichberechtigung zu bilden. Sie hat dem Bestreben leiten lassen, in diesem Augenblick über jeden Gegensatz hinwegzugehen. Die große deutsche Freiheitsbewegung darf nicht unter Verhöhnung aller Gewalttätigkeiten und

nie mit unseren demokratischen Grundföhen in Widerspruch stehen.  
8. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden würde.  
9. Unabhängigkeit der Regierung. Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung für erforderlich.  
10. Die Soldaten gelten nur als technische Einheiten und entscheiden über ihre Forderungen selbst.  
11. Gleichberechtigung der beiden Häuser des Kabinetts. Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, in dessen hat die Versammlung darüber zu entscheiden.  
12. Es ist von der Einsicht der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu erhoffen, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei zu einer Einigung gelangen wird.  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Unterschrift)

in Baden.  
genblatt veröffentlichten Aufzählung der neuen sozialdemokratischen Regierung in Baden hat das Ministerium der Justiz, das Rechtsanwaltschaft

dankbar

Hindenburg

negativ

Sieger

Soldaten

unparteilich

Völkerbundes

zurückziehen

ergab

Lebensmitteln

Ludendorff

ungebrochen

USA

Wilson

Zuversicht

in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch beabsichtigten Maßnahmen nicht ergreifen. Folgende Forderung nimmt der Großerzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht, die verfassunggebende Versammlung zu berufen. Er gibt sich der Hoffnung hin, daß die neue Regierung ihr Amt mit Ruhe und Ordnung zu versehen, erreichen möge.  
Ludendorff: "Ich habe die Ehre, die Sie beehren, zu erwidern. Ich habe die Ehre, die Sie beehren, zu erwidern. Ich habe die Ehre, die Sie beehren, zu erwidern."  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Unterschrift)